

Letter of Intend (LOI) zum Modellvorhaben
„Präventive Hausbesuche in Baden-Württemberg“

über
Deutsches Institut für Pflegeforschung e.V. (dip)
Hülchrather Str. 15
50670 Köln

An das
Ministerium für Arbeit, Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg
z.Hd. Herrn Schmeiduch
Schellingstr. 15
70174 Stuttgart

Absichts- und Verpflichtungserklärung zur Beteiligung am Modellvorhaben
„Präventive Hausbesuche in Baden-Württemberg“

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Modellvorhaben „Präventive Hausbesuche in Baden-Württemberg“ bietet das Land Baden-Württemberg gemeinsam mit den Landesverbänden der Pflegekassen, dem Verband der privaten Krankenversicherung e.V. und den Kommunalen Landesverbänden eine landesweite Plattform zur Erprobung von präventiven Hausbesuchen bei Seniorinnen und Senioren mit den Zielen, die Risiken von Pflegebedürftigkeit frühzeitig zu erkennen und den Verlust von Alltagskompetenzen zu vermeiden. In den Modellstandorten sollen unter Beachtung vorhandener Erfahrungen und Infrastrukturen in diesem Sinne innovative und anschlussfähige Konzepte der aufsuchenden Beratung für ältere Bürgerinnen und Bürger erprobt und ausgewertet werden.

Unsere Kommune (Stadt- bzw. Landkreis, Stadt oder Gemeinde)

(Bitte Namen einfügen)

hat eine Interessenbekundung zur Teilnahme am Projekt „Präventive Hausbesuche in Baden-Württemberg“ eingereicht. Im Falle der Auswahl als Modellstandort erklärt unsere Kommune hiermit die grundsätzliche Bereitschaft, an der gelingenden Umsetzung des Modellvorhabens über die gesamte Laufzeit (Oktober 2014 bis September 2017) mitzuwirken.

Konkret verpflichtet sich unsere Kommune zu folgenden Beiträgen:

- Verbindliche Zusammenarbeit mit dem Projektträger und der wissenschaftlichen Begleitung (Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e.V., dip) bei der Entwicklung und Erprobung eines Konzeptes für zugehende präventive Hausbesuche unter Einbezug ehrenamtlicher Netzwerke und Strukturen. Dazu gehören regelmäßige Kontakte und Gespräche auf operativer und verantwortlicher Seite. Zur Zusammenarbeit wird zwischen Modellkommune und Projektträger ein Kooperationsvertrag geschlossen.
- Gemeinsame Gewinnung von zwei fachlich und persönlich geeigneten Beraterinnen bzw. Beratern für den Einsatz vor Ort (Anstellung geplant ab 01.03.2015 bis mindestens zum 30.06.2017 mit je 0,5 Stellenumfang einer Vollzeitstelle), die zugehende und aufsuchende Beratungen sowie alle weiteren zum Projekt zugehörigen Aufgaben übernehmen.
- Kostenlose Bereitstellung von geeigneter Infrastruktur für die Beraterinnen und Berater vor Ort (Büro-Räumlichkeiten, PC-Arbeitsplätze) sowie Übernahme von Sach- und Fahrtkosten zur Erfüllung der Aufgaben in der Kommune.
- Bei Veröffentlichungen, Veranstaltungen und sonstiger Öffentlichkeitsarbeit ist in geeigneter Weise darauf hinzuweisen, dass die Maßnahme mit Mitteln des Landes Baden-Württemberg und der gesetzlichen Pflegeversicherung gefördert wird. Hierzu soll folgender Zusatz verwendet werden: *„Unterstützt durch das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg und aus Mitteln der gesetzlichen Pflegeversicherung“*.

Die präventiven Hausbesuche, als Kernstück des Vorhabens, werden über einen Zeitraum von bis zu 30 Monaten von qualifizierten Beraterinnen und Beratern durchgeführt. Die an dem Modellvorhaben beteiligten kommunalen Gebietskörperschaften erhalten bis zu 80% der dafür anfallenden Personalkosten als finanzielle Förderung. Bei Gesamtpersonalkosten von rund 145.000 Euro pro Standort sind dies Fördermittel von rund 116.000 Euro (80%) pro Kommune. Der kommunale Eigenanteil beträgt jeweils rund 29.000 Euro (20%). Zusätzlich erhält jede Modellkommune Fördermittel für Sachkosten (Ausstattung, Reisekosten der Beraterinnen und Berater, Veranstaltungen) von bis zu € 13.700,-. Das Nähere regelt der abzuschließende Kooperationsvertrag mit dem Projektträger.

Von der grundsätzlichen Notwendigkeit der wissenschaftsfundierten und lebensnahen Auseinandersetzung mit den Fragestellungen zur präventiven Beratung und Begleitung von Seniorinnen und Senioren zur Risikofrüherkennung, Verzögerung und Vermeidung von Pflegebedürftigkeit überzeugt, erachten wir das Modellvorhaben als sinnvollen und innovativen Bestandteil zur Weiterentwicklung von Versorgungsstrukturen und Versorgungskonzepten für Menschen an der Schwelle zu Hilfe- und Pflegebedarf. Aus diesem Grund erklären wir hiermit in Kenntnis unserer Verpflichtungen ausdrücklich die Bereitschaft, uns als Modellkommune an der Realisierung des Projektes in der gebotenen Weise zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen

(Ort, Datum)

Name und Funktion

rechtsverbindliche Unterschrift/ Stempel